

Verordnung über die Verschärfung von Emissionsbegrenzungen für stationäre Anlagen

Vom 14. August 1990 (Stand 1. Januar 2013)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 74 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹⁾, beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck und Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt die Verschärfung von Emissionsbegrenzungen für Stickoxide, organische Stoffe und Dieselschlack bei Anlagen im Sinne des Bundesgesetzes über den Umweltschutz²⁾. *

² Die Bestimmungen über Stickoxide gelten für Anlagen in folgenden Gemeinden: *

1. Aesch
2. Allschwil
3. Arlesheim
4. Augst
5. Binningen
6. Birsfelden
7. Bottmingen
8. Ettingen
9. Frenkendorf
10. Füllinsdorf
11. Itingen
12. Lausen
13. Liestal
14. Münchenstein
15. Muttenz
16. Oberwil

1) GS 29.276, SGS 100

2) Art. 7 Abs. 7 USG; SR 814.01

17. Pfeffingen
18. Pratteln
19. Reinach
20. Sissach
21. Therwil

³ Die Bestimmungen über organische Stoffe gelten für alle Anlagen im Kanton Basel-Landschaft.

§ 2 Ermittlung und Beurteilung der Emissionen

¹ Massgebend für die Beurteilung, ob die verschärften allgemeinen Emissionsbegrenzungen (§§ 5 und 6) eingehalten werden, sind die über die jährliche Betriebszeit gemittelten Konzentrationen bzw. Massenströme.

² Die Beurteilung der Emissionen von Anlagen nach den §§ 7–12 und 14 richtet sich nach Artikel 15 der Luftreinhalte-Verordnung vom 16. Dezember 1985¹⁾. *

³ ... *

⁴ Die Bau- und Umweltschutzdirektion ordnet eine kontinuierliche Messung und Aufzeichnung der Emissionen an, falls die Ermittlung der Emissionen anders nicht zuverlässig möglich ist.

§ 3 * ...

§ 4 * ...

2 Verschärfung von allgemeinen Emissionsbegrenzungen

§ 5 * Emissionsgrenzwerte für Stickoxide

¹ Die Emissionskonzentration von Stickoxiden, angegeben als Stickstoffdioxid, darf bei einer Fracht von mehr als 5 t/Jahr 100 mg/m³ nicht übersteigen.

² ... *

§ 6 Emissionsgrenzwerte für organische gas-, dampf- oder partikelförmige Stoffe

¹ Diese Bestimmungen gelten für Stoffe nach Anhang 1 Ziffer 72 der Luftreinhalte-Verordnung.

1) SR 814.318.142.1

² Die Emissionskonzentration von Stoffen der Klasse 2 und 3 sowie die Summe der Emissionskonzentrationen von Stoffen der Klassen 1 bis 3 darf folgende Werte nicht übersteigen:

- a. bei einer Fracht von 5 bis 10 t/Jahr sowie einem Massenstrom von 1,5 kg/h oder mehr: 75 mg/m³
- b. bei einer Fracht über 10 t/Jahr: 50 mg/m³

³ ... *

⁴ ... *

§ 6a * Reduktion der Emissionen von organischen gas-, dampf- oder partikelförmigen Stoffen

¹ Firmen, deren stationäre Anlagen auf dem Firmenareal pro Jahr zusammen mehr als 3000 kg organische Stoffe (Grenzfracht) der Klassen 1 bis 3 gemäss Anhang 1 Ziffer 72 der Luftreinhalte-Verordnung¹⁾ emittieren, müssen diese Emissionen soweit reduzieren, wie es dem neusten Stand der Technik entspricht und verhältnismässig ist.

² Bei der Ermittlung der Emissionsfracht sind auch die Emissionen organischer Gase und Dämpfe auf dem Firmenareal mit einzubeziehen, die nicht an der Quelle erfasst werden (diffuse Emissionen).

³ Betroffene Firmen erstellen einen Massnahmenkatalog zur Reduktion der Emissionen, wenn eine Überschreitung der Emissionsfracht gemäss Absatz 1 festgestellt wird oder wenn infolge der Inbetriebnahme einer neuen oder wesentlich geänderten Anlage eine solche Überschreitung zu erwarten ist.

⁴ Firmen, die nachweisen, dass sie Vorkehrungen nach dem neusten Stand der Technik getroffen haben, sind von der Pflicht zur Erstellung eines Massnahmenkatalogs befreit.

3 Verschärfung von Emissionsbegrenzungen für besondere Anlagen

§ 7 * ...

§ 7a * Grosstankanlagen

¹ Diese Bestimmungen gelten für Anlagen nach Anhang 2 Ziffer 32 der Luftreinhalte-Verordnung.

² Die Emissionen von flüchtigen organischen Stoffen beim Befüllen der Lagertanks und bei der Tankatmung dürfen die Emissionsbegrenzungen nach Anhang 1 Ziffern 7 und 8 der Luftreinhalte-Verordnung nicht überschreiten.

³ Bestehende Anlagen müssen bis zum 31. Dezember 1994 saniert werden.

1) SR 814.318.142.1

§ 7b * Anlagen für Reinigungs- und Entfettungsprozesse

¹ Firmen, deren stationäre Anlagen für Reinigungs- und Entfettungsprozesse auf dem Firmenareal pro Jahr zusammen mehr als 400 kg organische Stoffe (Grenzfracht) der Klassen 1 bis 3 gemäss Anhang 1 Ziffer 72 der Luftreinhalte-Verordnung¹⁾ emittieren, müssen soweit auf wässrige oder lösungsmittelarme Prozesse umstellen, als dies dem neusten Stand der Technik entspricht und verhältnismässig ist.

² Bei der Ermittlung der Emissionsfracht sind auch die Emissionen organischer Gase und Dämpfe auf dem Firmenareal mit einzubeziehen, die nicht an der Quelle erfasst werden (diffuse Emissionen).

³ Betroffene Firmen erstellen einen Massnahmenkatalog zur Reduktion der Emissionen, wenn eine Überschreitung der Emissionsfracht gemäss Absatz 1 festgestellt wird oder wenn infolge der Inbetriebnahme einer neuen oder wesentlich geänderten Anlage eine solche Überschreitung zu erwarten ist.

⁴ Firmen, die nachweisen, dass sie Vorkehrungen nach dem neusten Stand der Technik getroffen haben, sind von der Pflicht zur Erstellung eines Massnahmenkatalogs befreit.

§ 7c * Massnahmenkatalog

¹ Der Massnahmenkatalog gemäss § 6a Absatz 3 oder § 7b Absatz 3 ist innert einem Jahr ab Feststellung der Überschreitung der Emissionsfracht beziehungsweise vor Inbetriebnahme einer neuen oder wesentlich geänderten Anlage zu erstellen.

² Der Massnahmenkatalog enthält:

- a. Angaben über den neusten Stand der Technik,
- b. die geplanten Massnahmen,
- c. den geplanten Zeitrahmen der Umsetzung der Massnahmen,
- d. die voraussichtliche Emissionsreduktion jeder Massnahme.

³ Der Massnahmenkatalog und der Nachweis über getroffene Vorkehrungen nach dem neusten Stand der Technik werden von der zuständigen Behörde genehmigt.

⁴ Die Behörde ordnet die Umsetzung der Massnahmen innert zwei Jahren an.

⁵ Sofern die Grenzfracht gemäss § 6a Absatz 1 oder § 7b Absatz 1 trotz Umsetzung der Massnahmen nicht eingehalten werden kann, ist der Massnahmenkatalog in der Regel fünf Jahre nach Umsetzung der Massnahmen zu überarbeiten.

1) SR 814.318.142.1

§ 8 * Anlagen zum Beschichten und Bedrucken mit organischen Stoffen

¹ Für Anlagen zum Beschichten und Bedrucken mit organischen Stoffen gilt § 6 Absatz 2 dieser Verordnung.

§ 9 * Abfallverbrennungsanlagen

¹ ... *

² In Abweichung von Anhang 2 Ziffer 714 Absatz 1 Buchstabe e gilt der Emissionsgrenzwert unabhängig von dem dort festgelegten Massenstrom.

§ 10 Stationäre Verbrennungsmotoren

¹ Diese Bestimmungen gelten für alle stationären Otto- und Dieselmotoren, unabhängig vom Treibstoffverbrauch.

² Notstromgruppen müssen mit einem Betriebsstundenzähler ausgerüstet werden. Die verschärften Emissionsbegrenzungen gelten nicht für Notstromgruppen, die während höchstens 30 Stunden im Jahr betrieben werden.

³ Die Emissionen von Stickoxiden, angegeben als Stickstoffdioxid, dürfen folgende Werte nicht überschreiten:

- a. bei Verwendung von Gasbrennstoffen: 70 mg/m³
- b. bei Verwendung von Dieselöl: 110 mg/m³

⁴ Diese Grenzwerte beziehen sich auf einen Sauerstoffgehalt im Abgas von 5%.

⁵ ... *

⁶ ... *

§ 11 Gasturbinen

¹ Die Emissionen von Stickoxiden, angegeben als Stickstoffdioxid, dürfen folgende Werte nicht überschreiten:

- a. bei Verbrennung von Gasbrennstoffen: 40 mg/m³
- b. bei Verwendung von Heizöl "Extra leicht": 50 mg/m³

² Diese Grenzwerte beziehen sich auf einen Sauerstoffgehalt im Abgas von 15%.

³ ... *

⁴ *

§ 11a * Baustellen

¹ Dieselbetriebene Maschinen und Geräte mit einer Leistung des Verbrennungsmotors von mehr als 55 kW für den Einsatz auf Baustellen dürfen nur verwendet werden, wenn diese mit einem den geltenden Anforderungen der Filterliste des Bundesamtes für Umwelt entsprechenden Partikelfiltersystem ausgerüstet sind.

§ 11b * Dieselbetriebene Maschinen und Geräte auf baustellenähnlichen Anlagen

¹ Dieselbetriebene Maschinen und Geräte auf baustellenähnlichen Anlagen wie Steinbrüchen, Deponien, Bauschuttrecyclinganlagen, Kies- und Betonwerken, Kompostierungs- und Vergärungsanlagen müssen mit einem Partikelfiltersystem zur Abscheidung von Dieseleruss ausgerüstet sein, das die Anforderungen von Anhang 4 Ziffer 32 der Luftreinhalte-Verordnung¹⁾ erfüllt.

² Die zuständige Behörde ordnet die Nachrüstung von bereits im Einsatz stehenden Maschinen und Geräten innert 5 Jahren an.

4 Verschärfung von Emissionsbegrenzungen für Feuerungsanlagen

§ 12 * ...

§ 13 Feuerungsanlagen für Heizöl «Mittel», Heizöl «Schwer» und Kohle

¹ Die Verbrennung von Kohle, Kohlebriketts oder Koks in Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung über 70 kW sowie von Heizöl «Mittel» und Heizöl «Schwer» ist nur in Anlagen gestattet, deren Stickoxid-Emissionen (beim jeweils gültigen Sauerstoffbezugsgehalt gemäss LRV) nicht höher sind als bei der Verwendung von Heizöl "Extra leicht".

² ... *

§ 14 * Holzfeuerungen

¹ Diese Bestimmungen gelten für Holzfeuerungen für Holzbrennstoffe gemäss der Luftreinhalte-Verordnung mit einer Feuerungswärmeleistung über 350 kW, die nach dem 1. Januar 1997 bewilligt oder ersetzt werden.

² Die Emissionen von Stickoxiden, angegeben als Stickstoffdioxid, dürfen folgende Grenzwerte nicht überschreiten:

- a. für Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 350 kW bis 1 MW:
200 mg/m³.

1) SR 814.318.142.1

- b. für Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung über 1 MW: 150 mg/m³.
Die Bezugswerte des Sauerstoffgehaltes im Abgas richten sich nach der Luftreinhalte-Verordnung.

5 Schlussbestimmungen

§ 15 Vollzug

¹ Der Vollzug dieser Verordnung obliegt der Bau- und Umweltschutzdirektion.

² ... *

§ 16 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. September 1990 in Kraft.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
14.08.1990	01.09.1990	Erlass	Erstfassung	GS 30.346
04.12.1990	01.09.1990	§ 1 Abs. 2	geändert	GS 30.445
28.01.1992	01.05.1992	§ 2 Abs. 2	geändert	GS 31.44
28.01.1992	01.05.1992	§ 2 Abs. 3	aufgehoben	GS 31.44
28.01.1992	01.05.1992	§ 3	aufgehoben	GS 31.44
28.01.1992	01.05.1992	§ 5	totalrevidiert	GS 31.44
28.01.1992	01.05.1992	§ 7a	eingefügt	GS 31.44
28.01.1992	01.05.1992	§ 9	totalrevidiert	GS 31.44
07.01.1997	01.01.1997	§ 14	totalrevidiert	GS 32.740
10.06.2008	01.07.2008	§ 4	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 5 Abs. 2	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 6 Abs. 3	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 7	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 8	totalrevidiert	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 9 Abs. 1	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 10 Abs. 5	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 10 Abs. 6	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 11 Abs. 3	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 11 Abs. 4	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 12	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 13 Abs. 2	aufgehoben	GS 36.676
10.06.2008	01.07.2008	§ 15 Abs. 2	aufgehoben	GS 36.676
18.12.2012	01.01.2013	§ 1 Abs. 1	geändert	GS 37.1244
18.12.2012	01.01.2013	§ 6 Abs. 4	aufgehoben	GS 37.1244
18.12.2012	01.01.2013	§ 6a	eingefügt	GS 37.1244
18.12.2012	01.01.2013	§ 7b	eingefügt	GS 37.1244
18.12.2012	01.01.2013	§ 7c	eingefügt	GS 37.1244
18.12.2012	01.01.2013	§ 11a	eingefügt	GS 37.1244
18.12.2012	01.01.2013	§ 11b	eingefügt	GS 37.1244

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erlass	14.08.1990	01.09.1990	Erstfassung	GS 30.346
§ 1 Abs. 1	18.12.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.1244
§ 1 Abs. 2	04.12.1990	01.09.1990	geändert	GS 30.445
§ 2 Abs. 2	28.01.1992	01.05.1992	geändert	GS 31.44
§ 2 Abs. 3	28.01.1992	01.05.1992	aufgehoben	GS 31.44
§ 3	28.01.1992	01.05.1992	aufgehoben	GS 31.44
§ 4	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 5	28.01.1992	01.05.1992	totalrevidiert	GS 31.44
§ 5 Abs. 2	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 6 Abs. 3	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 6 Abs. 4	18.12.2012	01.01.2013	aufgehoben	GS 37.1244
§ 6a	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	GS 37.1244
§ 7	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 7a	28.01.1992	01.05.1992	eingefügt	GS 31.44
§ 7b	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	GS 37.1244
§ 7c	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	GS 37.1244
§ 8	10.06.2008	01.07.2008	totalrevidiert	GS 36.676
§ 9	28.01.1992	01.05.1992	totalrevidiert	GS 31.44
§ 9 Abs. 1	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 10 Abs. 5	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 10 Abs. 6	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 11 Abs. 3	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 11 Abs. 4	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 11a	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	GS 37.1244
§ 11b	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	GS 37.1244
§ 12	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 13 Abs. 2	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676
§ 14	07.01.1997	01.01.1997	totalrevidiert	GS 32.740
§ 15 Abs. 2	10.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.676